

„Vordringlicher Bedarf“ nicht erkennbar

Die Piratenpartei fordert eine Überprüfung der Dringlichkeitseinstufung für das Projekt „Neubau der B 210 zwischen Riepe (A 31) und Aurich einschließlich Ortsumgehung Aurich.“

NORDEN/AURICH – Die Piratenpartei fordert eine Überprüfung der Dringlichkeitseinstufung für das Projekt „Neubau der B 210 zwischen Riepe (A 31) und Aurich einschließlich Ortsumgehung Aurich.“ Dieses sei im Bundesverkehrswegeplan 2030 mit „Vordringlicher Bedarf“ eingestuft worden. Allerdings nehme es in der Rangfolge nach dem Nutzen-Kosten-Verhältnis der niedersächsischen Projekte mit einem vordringlichen Bedarf nur Platz 31 ein.

Der Bundesverkehrswegeplan beinhalte, so die Partei weiter, das Rahmenprogramm der Bundesregierung zur Verkehrszweige-übergreifenden Planung. Um die Entwicklung der Nachfrage zu bestimmten Verkehrsweegen – hier die A 31 – realistisch beurteilen zu können, seien auch die Veränderungen in den Beschäftigtenzahlen entscheidend, denn viele von ihnen nutzen das eigene Auto, um zur Arbeitsstätte zu gelangen.

„Im Schlussbericht zur Verkehrsuntersuchung wird für den Zeitraum 2012 bis 2030 im Industriegebiet Nord von 2300 zusätzlichen Arbeitsplätzen und im Gewerbegebiet Schirum von 1000 Arbeitsplätzen ausgegangen. Diese Prognose erscheint heute fragwürdig. Der bei Weitem größte Arbeitgeber Enercon verzeichnet seit dem Jahr 2012 jedes Jahr Umsatzzrückgänge und hat nun auch ‚unpopuläre Maßnahmen‘ angekündigt. Das bleibt auch für die Zuliefererbetriebe nicht ohne Folgen,“ so der Spitzenkandidat der Piratenpartei Niedersachsen und Direktkandidat im Wahlkreis Aurich-Emden zur Bundestagswahl 2017, Dr. Michael Berndt aus Norden.

„Dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der insbesondere auch den Berufspendlern die Möglichkeit gibt, auf die Nutzung des eigenen Pkw zu verzichten, muss Vorrang vor einer teuren und umweltzerstörenden Infrastrukturmaßnahme wie der Ortsumgehung Aurich gegeben werden“, so Berndt ergänzend.